

# Der Gemeindearbeiter

Erscheint alle 14 Tage.  
Durch die Post bezogen  
vierjährlich 1,50 M.

Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter  
und Straßenbahner Deutschlands.

Geschäftsstelle: Köln, Ven-  
loerwall 9. Fernnr. A 8538  
Postleitzettel Köln 12937

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Nummer 6

Köln, den 20. März 1920

8. Jahrgang

## Die deutsche Regierung gestürzt?

Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist an den mitunterzeichneten Generallandschaftsdirektor Kapp, Königsberg i. Pr., als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident übergegangen. Zum militärischen Oberbefehlshaber, gleichzeitig als Reichswehrminister, wird vom Reichskanzler der General der Infanterie Freiherr v. Puttkamer berufen. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.

Freiherr von Puttkamer,  
General der Infanterie.

Kapp,  
Landessoldat.

Berlin, 13. März.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf diese Diktatur am 13. März aus Berlin ein. Gott habte und brodelte es seit längerer Zeit schon, aber das es möglich gewesen wäre, in einer Nacht die Reichs- und Preußische Regierung aus Berlin zu vertreiben, oder festzuhalten, hätte kein Mensch erwartet.

Mit treiben keinen Personenkultus, sind auch nicht Parteidräger genug, um die Partei über die Sache, über das Volk und Wehr eines Reichsmillionendollars zu stellen. Es fehlt aber, als wenn dem deutschen Volke nicht erlaubt werden sollte, den Leidenschaften zum letzten Tropfen zu leben. Wie sich die Verhältnisse gestalten werden, ist im jetzigen Augenblicke noch gar nicht zu übersehen, auch die Stellung der christlichen Gewerkschaft kann heute noch nicht endgültig festgelegt werden.

Nur das eine steht fest, sie werden unter allen Umständen die wahre Demokratie bis zum letzten Verteidigen. Ihr Kampf wird vorne nach für den sozialen Fortschritt bis zum zuverlässigsten geführt werden. Rücksichtlos wird jede Regierung bekämpft, die auch nur trachten wird, die Staatsgewalt vor den Werken der politischen und sozialen Reaktion zu schützen. Ihr Feind wird jede Regierung an, die versuchen sollte, die politische und soziale Wohlberechtigung aller Stande anzutreten, dem einen Stande zu Gunsten des anderen zu bevorzugen, oder zu benachteiligen.

Zu überlegen kommt mir in dieser Zürde der zweiten deutschen Revolution nur wiederholen, was wir im November 1918 gesagt haben.

Die Ereignisse überstricken sich. Jede Stunde bringt neue Situationen. Nunmehr

hebt es den Kopf hochhalten. Bei der Gestaltung des neuen Staates müssen wir als christliche Arbeitersbewegung dabei sein. Nicht wollen wir niederkreisen, sondern aufzubauen helfen. Eine wahre Demokratie, die Stimme des Volkes soll maßgebend sein.

Haltet unsere christlichen Grundsätze, unsere christliche Ausfassung vom Staats- und Wirtschaftsleben hoch. Sie werden sich auch in dieser schweren Stunde bewähren.

Im übrigen wohret die gewerkschaftliche Disziplin und Ordnung.

## Die finanziellen Sorgen der deutschen Städte.

Deutschland ist ein armes Land geworden. Diese Tatsache ist nicht abzustreuen, mög sie noch zu unangenehm von einem. Jedem empfohlen werden. Der üppige Luxus, das Schlemmerleben, die Vergnügungsstadt bestimmt Schichten leben im direkten Gegensatz zur harten Wirklichkeit. Die breite Masse des Volkes empfindet diese Armut heute in ihrer Ernährung, Kleidung und Wohnung, in der ganzen Lebenshaltung schon bitter genug. Auch die Weißbenden werden demnächst, wenn sämliche neue Steuergesetze in Kraft getreten sind, recht sichtbar empfinden, daß die schönen vorkriegszeitlichen Zeiten vorbei sind.

Bessere Zeiten werden dann wieder eintreten, wenn sich das deutsche Volk wieder durch erhöhte Fleiß und Sparsamkeit zur Weltgeltung durchgerungen hat. Bis dahin ist aber noch ein weiter, dornenvoller Weg.

Aber nicht nur der einzelne Bürger des Reiches, sondern auch die öffentlichen Güter, Staat, Provinz und Gemeinden werden in Zukunft recht sparsam zu wirtschaften gezwungen sein. Da die Steuerkraft des Volkes in Zukunft, im Gegensatz zu den bisherigen Verhältnissen, in erster Linie vom Reiche in Anspruch genommen werden wird, werden Staat (Förder) und Gemeinden an Steuern sich nur dem begnügen müssen, was das Reich übrig läßt. Die Haupteinnahmewelle für den Staat, die "staatsein" kommenst und für die Ge... an der prozentuale Zuschlag hierzu, soll... Zukunft für diese beiden fort. An deren Stelle wird eine Reichseinkommenssteuer treten, aus deren Ergebnis Staat und Gemeinden einen Teil zugewiesen erhalten. Wie dieser Teil sein wird, steht noch nicht fest. Die Tatsache aber, daß in Zukunft Staat und Gemeinde Hauptträger des Reiches sein werden, lohnt mir Hoffnung zu erwarten, daß der Anteil an der Reichseinkommenssteuer wesentlich hinter den bisherigen Einreihungen und der Einkommenssteuer zurückbleiben wird.

Tomit fällt auch für die Gemeinden in Zukunft die Möglichkeit fort, den durch erhöhte Ausgaben ins Schwanken gesommene Haushaltungsplan, durch erhöhte Zuschläge zur Einkommenssteuer wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Bei den verbleibenden Gemeindesteuern (Grundsteuer, Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Gewerbesteuer usw.) besteht die Gefahr, daß sie bei Überschreitung eines gewissen Punktes, anstatt ein Mehr ein Wendepunkt in der Gesamtsumme ergeben. Das nämliche gilt von den Gebühren und Preisen für häusliche Dienstleistungen und Leistungen. Die Straßenbahngesellschaften, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsspreise sind an gewisse Grenzen gebunden. Werden diese überschritten, sinkt der Konsum. Die für einen vielleicht doppelt so großen Konsum geschaffenen Anlagen und Einrichtungen sind dann gewissermaßen entwertet, müssen weiter verzinst und geilgt werden, ohne voll ausgenutzt werden zu können.

Es ist daher verständlich, wenn heute manche wichtige Verwaltungen, angehoben der gegebenen Tatsachen, nicht allzu rasig in die Zukunft blicken und sich die größten Sorgen um die Balancierung ihres Hauses machen. Selbstverständlich wird man nicht aus neuen Einnahmemeilen erschließen und die bisherigen ergiebiger zu gestalten suchen müssen, sondern es muß auch berücksichtigt werden, an den Zugaben noch Möglichkeiten zu sparen. An den Gehaltern und Löhnen eine unangebrachte Sparjammie zu üben, würde sich letzten Endes an der Stadt selbst wieder bitter rächen. Unumkehrbar wird aber an dem, was nicht unbedingt notwendig ist, gewissermaßen einen gewissen Luxus, wenn auch einen nüchternen und begrenzten darstellen, versucht werden müssen zu sparen. Die Zeiten, wo Großstädte, wie Hamburg und Hannover sich Rathäuser bauten, die Prachtbauten sind, und 20 bis 30 Millionen Mark kosteten, sind vorüber. Kunst, Theater, Musik usw., deren Förderung gewiß begrüßenswert, aber zum nativen Leben nicht unbedingt notwendig ist, werden jedenfalls in Zukunft mit bescheideneren Mitteln auskommen müssen.

Vielleicht werden auch unsere wohlgepflegten öffentlichen Gärten und Anlagen, unsere modernen leeren Großstadträumen ihren Nutzen der neuen Zeit zahlen. Wünschenswerte Erweiterung der Badegelegenheit, der Strandanlagen usw., ihre mehr oder weniger konforde die Ausstattung, wird jedenfalls eine Einsparung erfahren. Glücklich werden wir uns schämen können, wenn in Zukunft an dem wirklich Notwendigen keine unangebrachte Sparsamkeit zu üben versucht wird.

Vorliegend angeführte Tatsachen eröffnen für die städtischen Arbeiter und Angestellten

keine günstigen Ausichten. Ihr Wirkungs- und Verätigkeitsfeld wird eine gewisse Einschränkung erfahren. Nachdem die Migranten, die durch die Einführung des Achtstundentages bedingt waren, langst eingestellt sind, wird jede Einprägung der kontinuierlichen Betriebe dazu führen, Neuerstellungen zu unterlassen, die Beförderung in bessere, gebogene Stellungen zu verlangen, wenn nicht gar über den normalen Abgang durch Tod, oder freiwilliges Auscheiden hinweg. Entlassungen in größerer Anzahl erfolgen müssen.

Hier erwähnen den Arbeiterausschüssen, resp. den neuen Betriebsräten, neue fiktive Aufgaben. Wenn auch im allgemeinen dem Betriebsrat sein Einspruchrecht bei Entlassungen und Entlassungen gegeben ist, im vorliegenden Falle schreibt das Gesetz im § 74 dem Arbeitgeber ausdrücklich vor, sich möglichst längere Zeit vorher mit dem Betriebsrat in Verbindung zu setzen, um Gärten zu vermeiden. Von dem Geschick und der Weisheit der Kollegen im Betriebsrat wird es zum großen Teile abhängen, ob der gewollte Zweck, Vermeidung von Gärten, erreicht wird. Es ist schwerer, wenn nicht unmöglich, für Entlassungen feste Grundsätze und Richtlinien aufzustellen, die in allen Fällen das Richtige treffen. Da leicht können allgemeine an sich richtige Richtlinien durch besondere örtliche Umstände ins Gegenteil verkehrt werden. Mit größter Gewissenhaftigkeit in den Fällen die in Vertrauensbefestungen sich befindlichen Kollegen jede einzelne Sache zu prüfen und sich auch gegebenenfalls bei der Verbandsleitung und den Betriebsleitern Rat einzuholen.

## Gegen Buber und Schieber, gegen Brauer und Söhlemet.

So wie bisher kann es nicht weitergehen. Wo die Not, der Hunger tonischer Gott ist, hort jegliche geistliche Tugend auf. Hier muss auch endlich der Mensch mit der elterlichen Schandenstrafe erahnen. In diesen Zustand ist die sozialer Arbeiterschaft bereits angelangt. In den Arbeiter- und Angehörigenfamilien herrscht, seob Fleisch und reuer Pflichterfüllung, trotz dem die eine oder andere Verpflichtung ständig die andere ablöst, bittere Not. Vier Pfund Kartoffeln und 3½ Pfund Brot, zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Zu wenig für den Rücksiner, für den Arbeitenden und seine Familie total unzureichlich. Da bei die Lebensmittelgeschäfte überfüllt mit Waren Schinken, Speck, Schwanz, Teig, Käse, Fleis, Kakau, Nüssen, Delikatessen allerfeinsten Art in Fülle und Fülle zu haben, aber nur für den, der ungezähltes Geld im Portefeuille hat. Da den Hotels, Tieien usw. ein Schlemmer- und Brasserleden, von dem sich ein anständiger Pierchen mit Ei abwenden muss.

Gegenseitige Stellung zu nehmen, vor der  
Furcht einer impostulenten öffentlichen Kundgebung der kleinen Arbeiter und Angestelltenchaft  
am 12. März. Zehntausende von Arbeitern und Angestellten gingen in Ruhe und Ordnung aus die Straßen. Jede Gewerkschaftsgruppe, für sich bildete einen geschlossenen Zug, der sich in einer Ordnung durch Al- und Jung etablierte. Es sollte vor der  
Öffentlichkeit und besonders den in Frage  
kommenden Kreisaden und städtischen Behörden,  
die durch die wachsende Knappheit an den nö-  
digsten Lebensmitteln und die neue gewal-  
tige Preissteigerung allein Lebensbedürfnisse

herborgerusene allgemeine Notlage vor Augen geführt werden. Insbesondere handelt es sich um Einspruch gegen das Erteilen des Wucher- und Schiedertums, gegen das herausfordernde Schlemmerieden einzelner Kreise, gegen die Ausbeutung der breiten Volkschichten durch unbegründete Preistreiberei, gegen das „Loch im Bezen“, bessere Verdenmittelverfügung aller arbeitenden Schichten des Volkes, das ist es, was man fordert. Nachdem auf dem Platz zum Denkmal

Wachstum auf dem Dinge zu einer gewissen Ausprägung gehalten waren, fanden die örtlichen Gewerkschaften folgende Entschließungen:

„Die Not des Volkes steigt von Tag zu Tag. Das zum Leben Notwendige ist selbst zu den höchsten Preisen nicht mehr für die arbeitenden Schichten zu haben. Die ganze Sozialpolitik der Gewerkschaften ist wied' illusorisch gemacht; jede Lohnzehrung kommt der Arbeiterschaft nicht mehr selbst zuute, da die Mehrausgaben die Mehreinnahmen immer mehr übersteigen. Damit ist auch die ganze Lebenshaltung immer mehr auf ein niederes Niveau gesunken. Darauf kommt noch, daß die rationierten Lebensmittel immer mehr verkürzt werden müssen, und die noch erhalt' ten Waren von Tag zu Tag im Freileben in einer Zeit, wo die Bevölkerung von 3½ Mill. gefüllt werden mußte, sind in Hunderten von Städten Vorräthen zu ländlich liegen. Durch diese Ursache wird die Not der Arbeiterschaft immer brüderlicher Sicht so die Arbeiterschaft den Ruin vor sich sind gewisse Kreise noch an der Arbeit, die Not des Volkes immer mehr auszuhalten.“

Wucher- und Schiebetum feinen Triumphae. Der Arbeitsteil wird teils durch die kleinste Erneuerungsreihe und teils durch die Ausdeutung unterbunden. Mit allen verantwortlichen Botschaften sind die Zeckmäuse darüber einig, doch nur durch vermehrte Probuliten eine Verbesserung der Zustände erzielen kann. Sie fordern deshalb von den verantwortlichen und maßgebenden Staatsrätsleuten eine klarere Feststellung des Schieber- und Wucherzinses und Einführung von Prüfungsstrafen.

Das Schlemmerleben der ausbeuterischen  
Gesellschaften in den Cafés und lautigen Ver-  
gnügungshäusern muß unterbunden werden.  
Die unverantwortlichen Freizeitbereiche der  
handelskreisenden Städte sind zu unterbinden,  
und die Presseprüfungskommission hat hier besonders  
scharf einzutreten. Alle diese Maßnahmen  
werden aber nicht zu einem befriedigenden Er-  
gebnis führen, wenn nicht die jetzt die Macht  
in den Händen habenden Stellen im besetzten  
Gebiet eine Änderung herbeiführen. Wir ver-  
langen die Nebennahme des Verzweigewalt durch  
die deutsche Regierung und Wiedereinführung  
einer krasse Grenz- und Zollkontrolle. Die  
deutschen Regierungsstellen werden wir in die-  
sem Vorgehen unterstützen. Wir verlangen  
ferner die Verhinderung der Einfuhr von Zu-  
gussaristeln und nicht lebensnotwendigen Ar-  
tikeln. Nur Nahrstoffe sollen ins besetzte Ge-  
biet eingeführt werden. Die im Deutschen  
Reichsforschungsbund vereinigten Arbeiter- und An-  
gehörigen haben lange geübt, durch Demonstra-  
tionen gegen die Mithilfe zu demonstrieren.  
Sie auf höchste Leistungsfähigkeit vorbereitet,  
es ist unbedingt erforderlich, daß alle in Betrieben  
der Städte in letzter Stunde auf eine Än-  
derung und Besserung schnellstens hinwirken.

Zur Erfüllung der freien Gewerbschäften heißt es weiter ausdrücklich:

„Die heutige Massenfunktion der ~~de~~  
niet Arbeiter und Angestellten erhebt entschei-  
denden Einprägung gegen die ungeheurende  
Verteuerung und die in Aussicht genommene  
erneute Verringerung der ohnedies viel zu  
teuren Lebensmittelration. Die Versammel-  
ten fordern die Regierung auf, dafür Sorge zu  
tragen, daß mehr Lebensmittel herbeigeführt  
werden, um das ganzliche Misstrauen des an-  
betenden Volles zu verhindern. Der Kampf  
gegen Hunger und Schieberium muß mit gro-  
ßerer Energie geführt und dem Schlemmen  
und Prasseln dässler Elemente ein Ende  
gesetzt werden. Die Versammelten fordern  
die sofortige Zustimmung des Verbandes zu  
den deutschen Ein- und Ausfuhrverboten, so  
daß das Buch im Westen gelöscht werden kann.  
Forderungen von der Erkenntnis, daß der  
 Friede von Versailles dem deutschen Volle un-  
erträgliche Lasten auferlegt und dadurch die  
Verlindung des verachteten Volles immer  
weiter um sich greift, verlangen wie die früher  
nigste Revision des Friedensvertrages.“

# **Beliebtheit der Einmannwirtschaft und Zerlegung der Stelle!**

Im September zum vornehmen Jahre, wo man  
erst im Auto die Preise für die Produktion des neuen  
Grenjahres bekannt gab, wurden in diesem  
Jahre jetzt schon die neuen Preise in der Zoll-  
regie bekanntgegeben. Außerdem wurde be-  
kanntgegeben, daß die Regierung entschied,  
die Importzölle auf Getreide und Mehl alle  
für das neue Erntejahr beizubehalten. Doch auch die Ausfuhrvergünstigung nach ihrer Bahn-  
ung erstreckt doch noch einen gewissen Zeitraum  
auf den Preisstellen etwas neuer zu werden. Zu-  
sammen mit dem Importzölle muss bekanntlich  
daran, die Importzölle nicht freigefallen zu sein.  
Um beide der Verhältnisse des Zollabfertigungs-  
wurden einen 1200 Mark für die Tonne Weizen  
und Mehl z.B. angemessener Preis geladen.  
(Eine Tonne gleich 20 Sack). Drei Wünsche  
und Rücksichten sind die möglichen Preise  
nicht noch eintreten. Es wurde mehr aus be-  
schlossen, die Importzölle ihre Werte zu-  
behaltende beizubehalten, sondern auch den Zölle  
der bestimmt festgegebenen Werte, wie diese  
die Ausfuhrzölle eingetragen. Der  
der Anwesenheit des Ministers hatte man früher  
fahrungen gewünscht. Bei Preis ließ sie die  
1400 Mark pro Tonne in die Höhe; die Auf-  
wart, daß der Zölle verlust und das Brutto-  
erträge verloren wurde. Die Gründe, die für  
die Besteuerung der Ausfuhrzölle voll sprach-  
brachte, wir nicht näher dargezogen. Sofern  
die Warenknappheit in dem sehr hohen Maße  
wetter besteht, wodurch im Interesse der Konsumen-  
ten an der Besteuerung der Importzölle  
wichtiges für die lebenswichtigen Ver-  
teiltecharakter werden. Da Importzölle man  
dortan genögen, das Geschäftseresse über  
Eigentum reise zu hellen.

Begleicht des Kreises ist man auch auf den Bedürfnissen der Landwirtschaft voll nachkommen man hat da jedoch sehr weitgehende Gruppenkommunen gegründet. Das Einheitsgericht wird sogar manch ob e Ausdehnung auf viele Landkreise bringen können.

zu den Beinen werden brauchbar:	
für die Lamm Weigen, Zwiebel, Dinkel, Reis,	
Eier, Käferkäse	110
für die Lamm Weigen	1000
für die Lamm Weien oder Hafser	1000
für die Lamm Rauhreben	500

Das bedeutet eine Preisabschöpfung für Gewerbe um mehr als das Doppelte gegenüber dem bestehenden Preis und für Dienstleistungen um mehr als das Dreifache. Dies ist die oben angegebene Periode als Windhundertste bezeichnet, d. h. werden hierzulande der Lohn und die Preise so einer weiteren Steigerung der Produktionskosten und je nach dem Ausfall der Ernte noch höher sind als die jetzigen Reichsspitzen.

Landwirtschaft kann mit diesen Preisen zu tun haben, was auch nicht ausgeschlossen werden darf, aber auch nicht beweisen werden.

Die Produktionskosten in der Landwirtschaft gewislich geringer sind, es ist nur erinnert die Versickerung der Maschinen, der Rohstoffe, Betriebsmittel, des landlichen Gebäudes und Verbrauchsmittel bei Verzehrung der Ressourcen und so darf aber auch nicht verwiesen werden,

die Landwirtschaft in den ersten Kriegsjahren, als die Produktionskosten noch nicht so sehr liegen waren, ganz zu verdanken. Mit den neuen Preisen kommt sie doch der generalisierten Inflationstendenzen nach und wird noch einen Preis anstreben.

Der Grund, der oft anführt wird für den Scheitern des „Konsens“ war, dass im Schreiber des Konsens aufmerksam, um keine Unruhen zu fördern, fälschlich zu stimmen, doch die Landwirtschaften Verteilungsplänen zufolge nachdrücklich soll die jessigen Preise mit dazu dienen sein, die Landwirtschaftspolitik weiter zu erhöhen, dann ist man mit die Erhöhung mehr angekommen, so profitiert viel dabei zu erreichen. Wie können die Landwirtschaften angenehme Preise aber wieder an den Arbeitern ausüben wollen? Das kann nur noch einem Ausgleich führen.

Bei den jessigen Preisen kann die Landwirtschaft nicht durchsetzen, weil sie den Preisniveauen unterlegen ist, wenn man mit die Erhöhung mehr angekommen, so profitiert viel dabei zu erreichen. Wie können die Landwirtschaften angenehme Preise aber wieder an den Arbeitern ausüben wollen? Das kann nur noch einem Ausgleich führen.

Bei den jessigen Preisen kann die Landwirtschaft nicht durchsetzen, weil sie den Preisniveauen unterlegen ist, wenn man mit die Erhöhung mehr angekommen, so profitiert viel dabei zu erreichen. Wie können die Landwirtschaften angenehme Preise aber wieder an den Arbeitern ausüben wollen? Das kann nur noch einem Ausgleich führen.

Bei den jessigen Preisen kann die Landwirtschaft nicht durchsetzen, weil sie den Preisniveauen unterlegen ist, wenn man mit die Erhöhung mehr angekommen, so profitiert viel dabei zu erreichen. Wie können die Landwirtschaften angenehme Preise aber wieder an den Arbeitern ausüben wollen? Das kann nur noch einem Ausgleich führen.

Siehe auf Kosten der Geister und Verbrecher, auf diesen Punkt wird noch zu sprechen zu kommen sein. Heute sei es aus angebaut, weil mit der Auflösung sind, das es so wie bisher nicht weitergehen kann.

## Lohnbewegungen und Tarifverträge.

### Lohnbewegung und Streik in Düsseldorf.

In Düsseldorf, wo vor dem Kriege die Gewerkschaften unter den städtischen Arbeitern und Strafgefangenen keinen Einfluss hatten, hat sich mit der Revolution das Bild geändert. So wie im politischen Leben die Radikalen voneinander trennen gelobt es auch in den wirtschaftlichen Vereinigungen. Die jungen „Arbeiter-Union“ das gewerkschaftliche Modell der unabhängigen und kommunistischen Sozialisten sieht im Gegensatz zu den „freien“ Gewerkschaften und gewann gerade in Düsseldorf unter den städtischen Arbeitern größeren Anhang. Die Fichte wuchs in der Hauptstadt die freien Gewerkschaften beschließen. Die Union holt ihre Anhänger durch möglichst starles Drahtspannung und niedrige Beiträge zu gewinnen und zu halten. Als grundsätzliche Gegner des Tarifvertrages sträuben sie sich gegen den Abschluss der Stadt an die rheinisch-westfälische Tarifgemeinschaft. In der einheitlichen Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb des Industriegebiets ihnen nicht, man sie nur für sich Sondermodelle erschaffen könnten.

Ob das für die Arbeiterschaft auf die Dauer ein wünschenswerter Zustand sei, scheint keinen Zweck zu haben. Ob wird über der Schranken kommen, das sie sich und ihren Mitgliedern darüber Gedanken machen müssen. Der Schranken muss keine nicht mehr keine sein. Der legitime Streik muss legitimat den gelegneten Recht dafür bieten.

Ende Dezember vor Jahren war ein neuer Tarifvertrag mit Wirkung vom 1. Januar ab geschlossen worden. Die Fichte betragen in Gruppe I 2.75,-, Gruppe II 2.50,-, Gruppe III 2.30,- pro Stunde. Erneut eine Kinderzulage von 1.-2,- pro Tag und Kind. Die Kinderzulage wurde auf 4 Wochen berechnet, jedoch sollte der letzte Abholtermin der 31. März 1929 sein. Schon Mitte Januar wurden neue Forderungen gestellt und zwar auf 30 Prozent Erhöhung des Lohnes. Das Ergebnis war eine Erhöhung um etwa 20 Prozent, d. h. 5.20,- pro Tag. Die Stundenzulage wurde erhöht auf 3.10,-, 3.90,- und 3.60,- pro Stunde. Die Kinderzulage blieb bestehen.

Ende Januar wurden erneut Forderungen gestellt und zwar auf 5.-, 4.90,- und 4.80,-,- für Handelslöhne. Die Stadtverwaltung ließ erklären, dass sie zur Einführung des Tarifvertrags bereit sei. Die „Unionen“ ließen sich aber darauf nicht ein. Am 8. März erklärte sich die Verwaltung bereit, die Löhne auf 4.20,-, 4.10,- und 3.80,- zu erhöhen unter Bedingung der Kinderzulage und zwar ab 1. März. Die Unionen aber verhinderten diese Erhöhung ab 1. Februar und für März sofortige Verhandlung über eine neue Lohnregelung. Die von der Verwaltung vorgelegten Forderungen sind gleich denen in der Tarifvertragsindustrie und etwa 30 Pf. pro Stunde höher als im Tarifvertrag. Die so festgesetzten die weitergehenden Forderungen ablehnen waren am Freitag den 18. März die Gewerkschaften der Arbeiter und Strafgefangenen in der

Stadt, um die Durchsetzung dieser Forderungen zu erzwingen. Die Strafgefangenen waren außerdem den gleichen Lohn wie die Gruppe I pro Stundentag, also 2.2,-, während die Stadt 2.5,- bewilligt hat. Sie gewerkschaftlichen Organisationen sind benutzt, den Streik zu einem für die Arbeiterschaft günstigen Abschluss zu bringen.

### Die neuen Löhne der Vorwerker Gewerkschaften und Strafgefangene.

Auch hier oben im Dezember d. J. war Erhöhung der Löhne ab 1. Januar gefordert, was zuvor von Seiten der Stadtverwaltung anlässlich einer Verhandlung welche von der Organisation zum Zweck der Belebungslaufung aber eins auf den neuen Lohn gelehrte Vorstellung übernommt war, erklärt, dass eine Regelung der Lohnfrage nur im Einvernehmen mit den linksrheinischen Städten, in besondere über im Hinblick auf die Nachbarstadt Köln, einzutreten könne. Da der Tarif in Köln zu Anfang Jahr abfiel, lehrten wir den Ausführungen der Verwaltung Glauben und warten. Nachdem die neuen, wesentlich erhöhten Löhne in Köln genommen waren, stellte sie die Stadtverwaltung auf den Standpunkt, die Kölner Löhne habe und zu hoch die seien und werden wir nicht bezahlen. Dass die Organisationsleistung die Einführung der Kölner Löhne verlängerte, ist fristlich verhältnislos, schied der Organisationsleistung gefordert werden, unter der Verhandlung, dass die Kölner Löhne nicht angenommen würden, ab 1. Januar bis 1. März Löhne von 4.20,-, 4.10,-, 3.90,- und 3.60,- pro Tag zu erhalten. Alle Parteien schlossen und batte die Stadtverwaltung am 20. Februar in dieser Sache kein Interesse zu haben. Dieser Beschluss soll nun sehr zu anderen Angaben auf, wäre aber noch ungern hier aufzuführen, wenn nicht der Vertreter der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft, soll es bekannt, zum Abschluss eines Tarifvertrages eingekauft, welcher angenommen wurde. Nach diesem sind die benötigten Löhne wie folgt erreicht:

ab 1. Januar bis 1. Februar

4.20,-, 4.10,-, 3.90,-, 3.60,-

ab 1. Februar bis 1. März

4.20,-, 4.10,-, 3.90,-, 3.60,-

ab 1. März 4.10,-, 3.90,-, 3.60,-, 3.30,-

Die bisherigen Löhne betrugen 4.10,-, 3.70,-, 3.40,-, 3.10,-

16.-, 15.-

Für die Strafgefangenen kommt der Lohn der Gruppe I also 4.20,-, 4.10,- und 3.90,- in Betracht. Arbeitnehmer erhöhen wie bisher pro Monat 4.10,- mehr. Weitere notwendige und von uns vorgeschlagene Verbesserungen, wie Erhöhung der Pausa für Fahrer auf 4.20,-, Einführung der Strophen- und Schrankenposten sowie der Wechseltarif in entsprechender Höhe, sowie die gesetzliche Besteuerung der 4. Lohngruppe konnten nicht durchgedrückt werden. Bei späteren Forderungen und Verhandlungen werden wir dorofix zurückkommen.

Gleichzeitig wurde ein Entschluss die Löhne nach Lebensalter eingeführt. Durch solchen Abweichen Löhne nur für Arbeitnehmer über 24 Jahre Arbeit im Mittel von 20-21 Jahre erhalten in jeder Lohngruppe pro Arbeitstag 4.20,- weniger, sollte im Alter von 20-21 Jahren der pro Tag 4.20,- weniger wie in der 4. Lohngruppe. Die vorausnommene Lohnverteilung entsprach nicht den Wünschen der Arbeiterschaft. Was offen gestellt kann man nicht verstehen, dass die Stadtverwaltung sich in erfüllenden wichtigen Belangen der Tarifverträge, die Tat umzugehen, was man verprahlt. T-

Großteilung nach Lebensalter ist vollständig unannehmbar und wird von der Arbeiterschaft entschieden befürwortet. Der Siedlungsaufwand ist angesessen und soll eine Entscheidung treffen. Sind wir so auf der einen Seite ein gut Stück vorangekommen und müssen andererseits zugeben, daß wir unsere berechtigten Forderungen nicht restlos durchzudringen vermögen, ergibt sich für uns die Frage: "Worum habe gelegen?" Die Antwort darauf soll nun auch eine Lehre sein. Es hat gefehlt an der ehrmütiger Zusammenarbeit der beteiligten Organisationen, wodurch der Stadtwahltag geprägt wurde, daß die Einigkeit unter der Arbeiterschaft nicht bestand. Dies muß in Zukunft anders werden, dann müssen die Straßenbahner mit aller Energie mitwirken. Einigkeit, ganz besonders während eines Wahlkampfes, ist unumgänglich notwendig und muß sich auch noch außerhalb beweisen machen. Nur so können wir unseren Forderungen den nötigen Nachdruck verleihen. In Verfolg dieser Gedankengänge verzichten wir heute auf die Wiedergabe und Darstellung der unerfreulichen Vergangenheit innerhalb der stadt. Arbeiter und Straßenbahnerstadt während des Wahlkampfes. Nur das Eine möge gesagt sein: Während eines Wahlkampfes Selbstzerstreuung zu predigen, ist das beste Mittel, die Arbeiter zu schwächen und bringt sich einem unvollständigen und vielleicht mit Recht der Gedanke auf, doch man bei bekannter Seite die Partei über eine vernünftige Interessenvertretung stellt.

## **Sozialwirtschaftliches u. Soziales.**

Die Rechten der Lebenshaltung werden seit einigen Monaten von Reichsdelegaten in allen Gemeinden über 10 000 Einwohner festgestellt. Eine Erhebung umfaßte die Zeit vom 21. Nov. bis 21. Dez., die zweite die Zeit vom 2. bis 21. Februar. Die Ergebnisse der ersten Erhebung ist sehr langsam zusammengekauft. Über sie sind noch immer nicht veröffentlicht worden. Als die Nationalversammlung im Herbst die Mittel für diese Statistik bewilligt hatte, wurde in zahlreichen öffentlichen Räumen bestrebt, welche ungenauen Angaben die Allgemeinheit aus dieser Zusammenfassung machen würde. Wenn aber die Ergebnisse nicht rechtzeitig bekannt werden, hat die Allgemeinheit gar nichts davon. Dann ist es schade um die großen Mühen und Kosten; denn die Belehrung kostet ein paar Reichsmarken je Dokument noch zu teuer erstaunt. Überdauert ist es nachgerade Zeit, daß die amtliche Statistik sich wieder ihrer Pflicht bewußt wird, die Leiterschicht über die wichtigste

vollständig sozialistischen Verdöhnung zu unterrichten. Im Krieg wurden alle Zahlen gehingehalten, die geeignet gewesen wären, die Bevölkerung einzurücken oder Maßnahmen der Regierung als vorsichtig zu erweisen. Begeisternd wurde die Gerechtigung stets mit der Rückicht auf das Ausland. Aber dieser Vorwand sollte doch breit fort. Warum veröffentlicht man nicht wieder wie vor dem Kriege allmonatlich die Mengen und Werke der Einfuhr und der Ausfuhr? Werum werden die Steuererhöhungen nicht wie in anderen Ländern allmonatlich bekanntgegeben? Warum endlich werden die Kosten der Lebenshaltung verschwiegen?

### **Das Betriebsrätegesetz im beseiteten Gebiete.**

Die unterdrückte Rheinlanddominanz in Koblenz hat gegen die im Vollzugserlass des Betriebsrätegesetzes im beseiteten Gebiete keinen Einspruch erhoben. Wahin werden auch im Rheinland definitiv die Wahlen zu den Betriebsräten stattfinden.

### **Wahlordnung für Betriebsräte.**

Das Betriebsrätegesetz, das am 4. Februar von der Nationalversammlung angenommen worden ist, und das auch der Reichsrat genehmigt hat, wird im Reichsanzeiger Nr. 50 vom 11. Februar amtlich veröffentlicht und steht damit unmittelbar zu Nutzen. Gleichzeitig werden die einzelnen Vorschriften über die Betriebsräte außer Kraft gesetzt.

Zugleich veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ eine Wahlordnung zum Betriebsrat-Gebiet, die der Reichsverkehrsminister auf Grund des § 21 des Gesetzes unter Zustimmung eines aus 28 Mitgliedern bestehenden Ausschusses der Nationalversammlung erlassen hat. Diese Wahlordnung legt die Form der Wahl für die Betriebsräte im einzelnen fest. Da es in der unterirdischen Versammlung 65 Deputierte umfasst, kann sie höchstens im Anzug wiedergegeben werden.

Der Betriebsrat wird durch in der Weise gewählt, daß die Arbeiter und die Angestellten ihre Vertreter im Betriebsrat besonders wählen. Die Arbeiter- und Angestelltenräte werden in der Weise gebildet, daß zu den Arbeiter- und Angestelltenmitgliedern der Betriebsräte Gründungsmitglieder hinzutreten. Die Zahl der Mitglieder der einzelnen Arbeiter- und Angestelltenräte wird noch den gleichen Grundsätzen bestimmt, nach denen sich die Zahl der Mitglieder des Betriebsrates bemisst. Die Zeitung der Wahl liegt in der Hand des Wahlvorstandes. Dieser hat für jede Wahl eine Liste der Wahlberechtigten, getrennt nach den Gruppen der Arbeiter und An-

gestellten, aufzustellen. Spätestens 20 Tage vor dem letzten Tag der Stimmberechtigung muß der Wahlvorstand ein Wahlausichtsblatt erlassen, in dem angegeben ist, wo die Wählerliste zur Einsicht ausliegt, welche Rechte den Bürgern in Bezug auf Einsprache gegen die Liste zu haben ist, welche bestreitbare Bestimmungen über die Wahlenstellung sind. Werden Einsprüche gegen die Wählerliste erhoben, so hat der Wahlvorstand deren Erledigung mindestens zu beschleunigen.

Die Wahl selbst erfolgt auf Grund des Prinzips der Vierstimmabstimmung. Vorschlagslisten müssen vor mindestens drei Wahlberechtigten unterschrieben sein. Jeder Wähler darf nur eine Vorschlagsliste unterschreiben; seiner Unterzeichnung unter einer anderen Vorschlagsliste ist ungültig. Eine Verbindung von Vorschlagslisten ist ungültig. Eine Vorschlagsliste soll wenigstens doppelt so viele Wahlberechtigte nennen wie von der im Bezug kommenden Arbeitnehmergruppe Betriebsräteamtglieder und Erziehungsmittelglieder zu wählen sind. Hierbei sollen die verschiedenen Gruppengruppen der im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Eine Vierstimmabstimmung der Bewerber zur Annahme in die Liste ist vorgesehen. Spätestens drei Tage vor dem Beginn der Wahl sind die Vorschlagslisten zur Einsicht auszulegen. Ist eine gültige Vorschlagsliste überhaupt nicht eingereicht, so kann eine Nachwahl zur Einreichung angezeigt werden. Erfolgt auch dann eine gültige Einreichung nicht, so hat der Wahlvorstand bekanntzugeben, daß eine Stimmberechtigung nicht besteht. Der Wähler darf seine Stimme nur für eine der angelegten Vorschlagslisten abgeben. Andere Stimmmittel sind ungültig, ebenso solche, die unterschrieben sind. Die Stimmmittel sind in einem Wahlumschlag einzugeben, die der Arbeitnehmer zu bestimmen hat mit dem Aufdruck „Stimme zum Betriebsrat in Bezeichnung des Betriebes“. Beschränkt sich ein Wahlumschlag mehrere Stimmmittel, so werden sie, wenn sie übereinstimmen, einschl. abzählt, andernfalls als ungültig angesehen. Die Wahl selbst erfolgt jedem und zwar mit Hilfe eines Stimmenthalers, der verschlossen ist. Das Wahlergebnis wird durch den Wahlvorstand spätestens am letzten Tag noch Wahl festgestellt. Die Berechnung des Wahlergebnisses geschieht auf Grund der Verhältnismäßigkeit. Die Namen der Gewählten sind durch zweckmäßigen Aushang bekanntzugeben. Ungültige Wahlen, wenn bei dem Wahlverschafften wesentliche Verstöße vorgekommen sind oder wenn

gerüstet schärfster Kritik jener Kreise. Die Neuerungen sind die eigentliche Ursache ihrer seindjüngsten Stellungnahme gegen die Verfassung von Weimar und gegen das neue Regiment überhaupt.

Unter allerlei demantelnden Vorwänden wird dagegen Sturm gelassen und versucht, die freiheitsbewegte Verfassung wieder abzubauen. Nach den Wünschen der beseiteten Kreise sollen die nächsten Reichstagswahlen eine Parlamentsmehrheit bringen, die diese Aufgabe erfüllt; gewisse Schriftsteller waren auch bereit, dieses Ziel durch einen Verfassungsbruch oder auf dem Wege eines neuen Umsturzes zu erreichen.

Der Ausgang der nächsten Reichstagswahlen wird also von der größten Bedeutung sein dafür, ob die den Arbeitern und Angestellten eingeräumte Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft anrecht erhalten bleibt oder nicht. Wieviel als je zuvor wird deshalb auch die demokratisch-nationalen Geistesherrn- und Arbeitbewegung in den nahen Amt den Herausforderungen auf volkstümlichen Gebiete an-

den kommenden Reichstagswahlen ihre Ausführungen zuwenden müssen.

Für den bevorstehenden Entscheidungskampf in die Gestaltung des

### **Reichstagswahlgesetzes**

nicht ohne Bedeutung. Nach Artikel 22 der Verfassung von Weimar muß ein solches Gesetz erneut geschlossen werden. Die Grundsätze das sind bereits festgelegt. Die Verfassung verlor ein oligarchisches, gleiches, unmittelbares und universelles Wahlrecht für alle über zwanzig Jahre alten Männer und Frauen, nach dem Grundgesetz der Verfassungswahl. Außerdem ist vorgeschrieben, daß der Wahltag auf einen Sonntag, oder einen öffentlichen Ruheitag fällt und daß der Reichstag auf die Dauer von 4 Jahren zu wählen ist. Alles übrige, das Wahlverfahren, Wahlberechtigung, ist durch das Reichstagswahlgesetz zu regeln. Der Entwurf dieser vom Reichskabinett geschafften und am 2. Februar 1920 verabschiedet worden.

die gewöhnlichsten Personen nicht wählbar waren, die Kosten, obwohl sie höchster Natur sind, trägt die Wahl der Beitragszahler.

**Wie lange noch?** Unjüngst hat die Wohnungswirtschaft in Deutschland jürgen eine berichtigte und erreicht, doch unbedingt alle Überhaupt nur alten Mittel der Abhilfe angewandt werden müssen. Um so unverständlich ist es, daß

Regierung von einem Mittel immer noch kann oder nur einen ganz ungünstigen "Schein" gemacht hat, das als eines der nachstehenden und selbstverständlichen bezeichnet werden muss; nämlich von der Abchiebung der sländischen Einwanderer aus dem Osten, die hier unseren lebenswerten Wohnraum wegnehmen und auch sonst in keiner Weise als ein erlaubter Zuwachs zu betrachten sind. Die Zahl in einer Reihe von Städten doch sehr groß und Wirkung auf die Wohnungswirtschaft dementsprechend. Nach einer Angabe des Wohnungswirtschaftsverbands Ost-Berlin Ende Januar sind im letzten Jahr schwätzungsweise 70 000 Ausländer nach oben Berlin zugewandert. Ganz überwiegend dienten sich dabei um Zuwendung aus dem Osten an. Aber auch aus verschiedenen anderen Ländern liegen Wagen über großen Anzahl der Zugänger vor. Man kann auch nicht bestreiten, daß diese Ausländer die Wohnungswirtschaft schädigen, da sie irgendwo in der Welt ihren Platz gefunden haben.

In der schon erwähnten Tagung des Wohnungswirtschaftsverbands Ost-Berlin heißt es zudem entzückend diese Ausländer durch Seiten von Zimmern in Döbeln, Pauschalzins und teuren möblierten Zimmern den Wohnungsmarkt in großer Zahl verfügbare Wohnungsschaffung in dem gerade jetzt erschreckenden Maße über die Tagung "Wohnungsnot und Wohnungswirtschaft", die der Deutsche Wohnungswirtschaft Berlin Schöneberg, Neue Steinweg 4)

29. Januar in Berlin veranstaltet hat, in keinem Lichte auf dieser Tagung der Direktor des Deutschen Wohnungswesens, Dr. Körner u. a.: "Die Leute dieser Leute werden sehr wohl reich und andere dann ab in andere Abkommen". Um so klar Elemente es ist, im Übrigen bei diesen sländischen Einwanderern nach Berlin handelt, geht es Neuerungen von Dr. Körner in dem gleichen Drucksbericht hervor. "Es handelt sich darum, hier täglich 40 bis 60 mehr deutsche Familien wandern, die uns unfreiwilligen Schichten hinzunehmen, in seiner Sicht einen begrüßenswerten Zuwachs darstellen und meist ohne alle Aussichtspapiere sind. Es kommt auch nicht, daß

diese Leute, wie behauptet wird, aus Pogromsucht zu uns fliehen, denn sie stammen nachweisbar aus Gegenden, wo nie ein Pogrom gewesen oder für die Zukunft zu erwarten ist. Ich habe vielmehr die Vermutung, daß die ganze angländische menschliche Lage, wenn wir mit der Salutärzge und anderen Enden, das ausländische Schleiertum reizt, nach Berlin zu kommen. Die Sekretariatssatzung nutzt diesen Leuten mit derartig, daß dieartig nach einem Polizeibericht die sämtlichen 725 einer Stroß überführten Verbrecher einer Inspektion während des letzten halben Jahres polizeiliche Juden waren".

Wir möchten die Frage erörtern, wie lange noch die Regierung es mit annehmen will, daß solche Elemente uns hier den Platz wegnnehmen während für Hunderte und Tausende benötigter Beamter und für schloss deutsche Flüchtlingsfamilien kein Unterkommen zu finden ist? So ist die eigentliche Ausweitung tatsächlich undurchschaubar sein, so ist nur so dringender die Abschaltung dieser lästigen Ausländer in Fremden-Kontinentenstationen zu fordern, für die die vorhandenen Barackenanlagen sehr gut verwendung finden können. Andernfalls darf der so schwer leidenden deutschen Bevölkerung der Wohnung durch diese Fremdelemente unter keinen Umständen noch leicht beschönigt werden, und es ist endlich ernst zu machen mit der Abchiebung. Es wäre gut, wenn sich die Menschenmenge dieser ganzen Sache baldigst einmal gründlich annähme.

**Aus der Kriegsbeschädigten-Organisation.** Unter den manifakten Organisationen, die sich der Interessenvertretung der Kriegsbeschädigten und Kriegsunterbliebenen widmen, erfreut sich der Centralverband deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegsunterbliebenen einer lauernd feindlichen Politik. Jeder Parteipolitik eignet, bei der Leitung der Kriegsbeschädigten, derartig, die Versorgung der Kriegsbeschädigten, zu welchen einer "Kriegsbeschädigte" oder "Kriegsunterbliebene" und Kriegsunterbliebenen überhaupt auftritt, nicht nur für den Postkampf, sondern es ist mit einem rauhaften Eifer und vielfach verbunden mit einem Druck der deutschen Parteien, sich in jüngst neue Mitglieder unter seinem Namen und Namen zu dazunehmen die Blüte seiner - ampirast.

Das von ihm heranzuhaltene "Centralblatt für Kriegsbeschädigte und Kriegsunterbliebene" das auf dem Postweg besetzt werden soll, wird mehr und mehr der militärische Dienst aller bewilligt, die in der armen Bevölkerung aufzutreten und ihre Elung suchen. Seine sozialistische Führung, die starke Stellungnahme zu allen aktuellen Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten und Kriegsunterbliebenen, sein unermüdlicher Kampf für die Verbesserung ihrer Lage und die zeitige Zustimmung und der vielfältige Verdacht, dass dem Kreisverband haben schon längst die besondere

in den nächsten Wochen wird er an die Nationalversammlung zur Beratung und Abstimmung gehen. Nach dem Entwurf soll auf 600 000 Wähler ein Abgeordneter treten. Um auch kleinen Gruppen die Möglichkeit zu geben, an den Wahlen schädigend anzutreten, ist vorgesehen, dass schon 50 Wähler beim Wahlkreis eines Wahlkreises Wahlvorschläge einzulegen können und dass die Stimmen der betreffenden Gruppe oder Partei über drei Wahlkreise oder das ganze Reich hinweg zusammengezählt werden können.

Um eine engere Rücksichtnahme der Abgeordneten mit den Bürgern zu ermöglichen, nimmt der Entwurf Abstand von allgemeinen Wahlkreisen und bestimmt, dass diese so zu benennen sind, dass in der Regel vier Abgeordnete an einen Wahlkreis entfallen, mindestens drei Wahlkreise können zur Errichtung einer einzelnen Wahlvorschlagsliste eingerichtet werden. Dazu kommt die Zusammensetzung einer Wahlkreisgruppe, welche

Aufmerksamkeit der Versorgungsbehörden, aber auch der weiteren Leistungsfähigkeit an die Zeitschrift gelenkt.

Seit dem 1. Januar 1920 gibt der Zentralverband außerdem für die Kriegsunterbliebenen als bisher einzige Zeitung eine heimische Organ, die Kriegsunterbliebenen-Zeitung, präsentierter Erstausgabe als dringendes Dokument häufig befragt wurde.

Die Zeitung "Kriegsunterbliebene" des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsunterbliebener, Berlin NW 6, Eggersstraße 3b, erfreut jetzt Aufmerksamkeit und wird Ziel des Zentralverbandes und soll jederzeit zur Verbindung einer Ortsgruppe sowie zu Aufklärungs- und Propagandazwecken das nötige Material zur Verfügung.

## Arbeiterbewegung.

**Eine neue Werkmeister-Organisation.** Am 14. Dezember 1918 erfolgte die Bildung eines neuen Deutschen Werkmeisterbundes mit dem Sitz in Essen. Zahlreiche Vertreter der Werkmeister aus allen Teilen des Reiches waren vertreten. Der Verband vertritt den vom Deutschen Werkmeisterverband, Sitz Düsseldorf, proklamierten sozialen Kämpfen und Standpunkt und will unter Ausweitung allgemein löslicher, sozialistischer und nationaler Ideale die Werkmeister, Meister und Arbeiter in Industrie und Bergbau zu einer gewerkschaftlichen Standesarbeit erziehen. Die Wirtschaftsleitung des Deutschen Werkmeisterbundes befindet sich vorläufig in Citten, Lindenstr. 100 26 II. — Der neue Verband hat sich auch dem Werkmeisterbund der Angestellten-Gemeindeverbände angegeschlossen und ist somit Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

**Christliche Gewerkschaftspresse.** Der "Arbeiter" des Kreises des Centralverbandes Christlicher Fabrikarbeiter, hat die Auflage von 30 000 überschritten. Sie verantwortlich die erstaunliche Mitgliedsvermehrung dieser vorher kleinen Betriebsorganisation.

**Wahlreglement im Brillen-Schiffahrtsverband.** Der unterordentliche Verbandstag des Brillen-Schiffahrtsverbandes wird für eine teilige Haushaltung des Betriebs und Unterhaltungswelten zu beobachten haben. Die Vorschriften des Hauptverbandes haben zwischen einer Berücksichtigung der Zahl der Belegschaften 30, 11 auf 8 vor. Die entsprechenden Wochentagszeiten sind auf 15 bis 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34 und 4. (Gebühr 10 bis 75 Pf. 1. M.) belassen um je 10 Pf. bis 20 Pf. Der erlaubten Betriebszeitung entspricht jedoch die Unterhaltungssätze liegen. Vorgegeben ist je nach Höhe des Betriebs und der Dauer der Mitgliedschaft, Belehrungsunterhaltung von 1—4, 4 bis 8 Tag, Arbeitslohnunterhaltung 4,80—28, 4 bis 8 Tag, Krankengeld von 2,40—14, 4 bis 8 Tag, Ferienunterhaltung von 10—108, 4 bis 8 Tag, dazu für jedes Kind unter 14 Jahren 3, 4 bis 8 Tag, Jugendarbeitung 15—110, 4, Sterbegeld 20—140, 4. Bereits ab 15. Februar d. J.

und stark organisierten Parteien oder Organisationen möglich sein. Es ist an sich auch wahrscheinlich, dass die Wahlzergliederung möglichst vermieden wird und nicht jede Querparteiengruppe mit Ansicht auf Erfolg die wohl durchdachte Arbeit der Organisationsführer zu durchkreuzen vermöge. Das parlamentarische System ist sehr anderthalb große und gutorganisierte Parteien voraus, da nur aus deren Mitte eine tragfähige Regierung zu bilden ist.

Unter einer Masse von Wahlgesetzesvorschlägen hat die Reichsregierung das hier kurz gezeigte badische, sogenannte autonome System als das beste angesehen und nach diesem den Reichstagswahlgesetzesvorschlag gebildet. Die Parteien und die Nationalversammlung haben nunmehr die Entscheidung über den Entwurf.

Vorstehender Artikel war bereits in Druck gegeben, als die Nachricht von der neuen Revolution eintraf. Dennoch bietet er soviel Interesse, dass wir ihn stehen lassen können.

Und die Mitglieder der Sektion eines Studenten-  
kongres verpflichtet, der je nach Wahl. 1851, 1852  
und 1853 von ihnen wiederehrt h. d. tritt. Die Son-  
derbeiträge sollen mit den ordentlichen Beiträgen  
einer Studentenwoche betragen. — Dem Vorgehen  
des Vorsitzenderverordnetes werden weiterhin alle  
anderen Verbandsmitglieder folgen müssen, soweit das noch  
nicht geschehen sein sollte.

## **Mit den Ortsgruppen**

dem Vorlaunde die Eroffnung erfuhr, wurde der Vorstandswahl abstimmen. Es fand wiede ein Vorstandswahl abstimmen, der Vorsitzende einstimmig gewählt. 2. Vorsitzender sollte Meyermann, Kassierer Kollege Plachmann, Schriftführer Kollege Bechler, das waren ihnen die Kollegen Lüttich und Schäfer. Beide die Posten Herren, Görke und Metzls Kollege Donatius wählte den scheidenden Kollegen aus dem Vorlaunde die auf eine Wiederwahl verzichtete hatten, waren beide für Denks für ihre unermüdliche Tätigkeit, und er hoffte, dass der neue Vorstand sich seiner Aufgaben bewusst sei. Zu Punkt 3 berichtete ausdrücklich Kolleg Donatius über die Verhandlungen mit dem Oberbürgern über und gab an, dass die Verhandlungen bewilligt, jedoch die Stadt geprungen sei, die Zahl der Abgeordneten auf das allermeiste zu beschäftigten. Kollege Dr. von Dörr gab dann einen Bericht über die Finanzierung der Stadt und wirs draus bin, dass die Stadt für die Bewilligung nicht vorhanden seien, sondern durch ein Notizie befreit werden müssten.

**Wienheim.** Unsere Kreisgruppe steht am 1. 8. eine gut besuchte Faschingsdemonstration ab. Der Vorsitzende des bürgerlichen Freikirchenteils, Herr Wortschall, gab zuerst das Prinzip der Faschingsfeierabhandlung mit dem Wagnis bekannt. Auf die denkt befreitenden Maßnahmen der Gemeindearbeiter, Landwirker und Erwerbsarbeiter erzielte eine Faschingsfeierabhandlung von 75 Prozent. Die Ausvergänglichkeit wurde von 7,5% auf 20% deutlich erhöht. Durch die Lohnunterstützung

sowie die Ausübung der Geschäftsführung beschließe nach den Staatslichen Grundsätzen in wohl ein Verhältnis  
den wir unserer Organisation zulieben können,  
erzielt, jedoch kann und dieses noch nicht befriedigen,  
weil dieses bereits durch die wirtschaftlichen  
Verhältnisse zu unsern Unqualitäten überholt ist.  
Es gilt nun, unsere Organisation zu stärken und  
auszubauen und in den Versammlungen uns zu  
schulen, um bei der nächsten Verbündung, welche  
in Kürze erfolgen wird, unsern berechtigten Mein-  
sungen Geltung zu verschaffen. Bei der daraus ent-  
stehenden Vorstandswahl werden folgende Kollegen  
gewählt. Prof. Appelius 1. Vors. A. Ritter 2.  
Vors. Dr. Adelmann 1. Kassierer, Dr. von 2. Kass.  
1. Schriftführer Prof. Eppenell. Zu intensiv dieser  
Vertreibung der Agitation verpflichteten sich alle  
Kollegien. Mit einem frohigen Entschwörer die  
Sich Werthstift wurde die anstrengende Versammlung  
als geschlossen.

**Alia (Vereinigte.)** Im Jahre 1918 fanden sich die vertretenen wichtigen sozialistischen Parteien in eigener Sitzung unter dem Vorsitz des damals von den Nationalsozialisten amtierenden Reichsministers und Vorsitzenden der Strafkommission getroffen. Wenn der jungen Bewegung auch von den verschiedenen Seiten Widerstand geleistet wurde, so konnte dies doch nicht verhindern, dass diese die Beschlüsse brachten, bei südlichen Abbenen zu 30 Prozent auf ihr Verbande anzustellen sind. Die Abbenen waren einheitlich das waren durch die Tatsache, dass Verbande der monatliche Vorteile verschafft werden sind, das sie 1919 monatliche Gewinnzuschläge in verdonten haben. Der Charakter des Verbandes wurde hier kommissarisch bestimmt, in der Ausführung der sozialistischen Entwicklungsrichtung und ganz besonders der Nationalsozialistischen. Die Idee der Übernahme der Gewinnabschöpfung in das Auslandsergebnis verhinderte einen solchen Verband zu werden. Am Ende von 1919 richtete unsre Parteileitung an die Direktion der Strafkommission eine Anfrage, in der verlangt wurde, dass auch den östlichen Kreisgebäuden der Verband, wie bisher, offen bleibe. Dass in diesem Falle öffentlich bekannt gemacht wird, dass die Gewinnabschöpfung in den östlichen Kreisgebäuden der Strafkommission ebenfalls bestehen soll, ist nach dem Willen des Arbeitersvereins und der Strafkommission des Kreisgebäudes erklärten in großem Maße, was die Gewinne aus der sozialen Politik verloren. Da es nicht zu einem Schiedsgericht kam, aber weiter auch nichts. Die Antwort war ab, in und es mit denen die "Gewinne" erhalten. Denn es kommt in wo über keinen Zweck, wenn die Räume der Abbenen sind? Auch in dem die Räume vollständig abschließen! Wenn ich aber zu wenig braucht, dann ist die untere Räumlichkeit in 14 Tagen Abbenen. Von diesen kleinen Räumen gewiss, hat ein Teil der Abbenen sehr leichtlich den Übergang zu den Räumen vollenden. Daraus ergingen uns keine. Die Abbenen waren immer noch nicht befriedigt. Sie entschieden am 5. August 1920, als die Abbenner das Vertragen in dem Transportarbeitsverband total verloren hatten, erneut eine Räumlichkeit von ihnen die Führung. Mit Hilfe unseres Arbeitsverbandes wurde dann der verlorenen Räumen wieder auf den rechten Weg gebracht, und nach 2 Wochen waren die Abbenner in die Räume der Rohstoffindustrien eingezogen und angestellt. Die Stelle deren war, das der Transportarbeitsverband in die Räume ihres bekannten Schachthofs geriet, dem allmählich die Räume fortstammten. Um noch zu retten, was in retten war, verlor man nun, die Abbenner wieder zusammenzutrommeln, unter ausdrücklicher Bedingung, das nur in freier von den bösen Christen etwas von dieser Verbindung erlaubt. Man wollte das neue Püggenpolizei tanzen und in einer Transportarbeitsverband mit der Rechtsleiterin in die Räume tragen um an siehe für Parteiangehörige zu haben. Die Abbenner aber hielten die Räume fest, wie man zu ihnen platz und kamen sie mit Schiefe, das hat. Sie aber haben wenig abgesperrt und hielten ihm die Türe auf. In diesem sind die Abbenner von uns untersetzt, das machen ihnen unzähligen Peinlichkeiten, insbesondere auf der Rechtsleiterin, die die nächsten Abben unternehmen werden, das im Krieg mit dem Unterstaat, der Rechts- und Rechtsleiterin wird aufmarschiert und verhängt im Justizpalast.

semlicher Betriebsbeamten gearbeitet, wobei wir uns die Freiheit nehmen, auch etwas für die Disziplinstrichter zu tun, an die der Transportarbeiterverband noch gernmächtig gedacht hat. Ich glauben, daß hierin für die Kollegen die beste Gewährleistung des Erfolges liegt. Deshalb sind wir uns bewußt, daß eine der Errungenen Firma zu überreden und mit ihnen alle übrigen Parteien in Ordnung zu bringen und auf Grund ihrer erzielten Erfahrungen führt die Firma zu dementsprechendem Ergebnis.

**Hannover.** (Straßenbahnen.) Am 12. Februar hatten wir eine Versammlung der Straßenbahner in Hannover vom Bahnhof Wölfel einrufen, in welcher wurde Kall. Stell. 1. Bildeschein für den neuen Reichswahl. Der Transportarbeiterverband habe es eingangt abgelehnt mit uns zu beschließen, da wir zu den Verhandlungen der Vereinigung des neuen Vertrags zugelassen, aber leider zugelassen, das im Punkte Interessenvereinigung und nicht der mindste Vorwurf gemacht werden könnte. Wir haben die Arbeitgeber zu überreden, dem Wunsch des Transportarbeiterverbandes, uns anzuschließen, nachzukommen, hatten sie ihre Bedenken fallen gelassen. Es sei dann auch gelungen, dem Reichsbauern eine Gehalt zu geben, mit denen die Kollegen in Habichtswald der Verhältnisse zufrieden sein könnten. Es sei gelungen, Verhältnisse zu erneutern und Verbesserungen hinzuzubringen. Überhaupt kann man nur für den Vertrag als Organisation in Betracht kommen, da es für die auf sozialistischer Grundlage lebenden Kollegen der sozialdemokratische Transportarbeiterverband, die Kollegen aber, welche Christlich denken, welche sich in einem Verband organisieren wollten, der wichtigste zentral sei, für die somit unter Verband in Frage und es fordert alle auf den Boden christlicher Weltanschauung stehenden Kollegen auf, um dem Zentralratbund der Gemeindearbeiter und Christenradier anzuschließen. In der Diskussion stand ein Antrag vom Transportarbeiterverband, der demangeln zunächst bei der Reiterstraße den „Widmungspunkt“ Vorortspark (K. und L. S.) hinzugekommen sei, schiede ebenso, wie kann es sein, wenn man nur zustimmen gehen und lassen kann? „Wir sind alle im Transportarbeiterverband.“ Es bedeutete dann hier, daß es auf Wahlkreisniveau nicht mehr unter den Kollegen kann, wenn man darüber bei einer Wahl die Ausübung von Stimmrechten sehen. Deshalb ist mit ihm der Vertrag eine Verschlechterung. Dessen mußte er die unerlässliche Bemerkung. Ich kann nur die Verhinderungen des Transportarbeiterverbands von den Unternehmtern absehn, sonst den bedürftigen zu uns nach höheren Verhandlungen. Wir aus gingen zu Unternehmern lieber u. in alle alten abgesessenen Norden sollte diese Kollegen wieder herher und suchte die Kollegen vor uns - rem. Verbände gründig zu machen. Er hat die Kollegen doch wieder überzeugen. Überzeugte konnte ich die Vertreter des Transportarbeiterverbandes die sozialistische Arbeit verbreite, mit seinen kleinen Kampforganisationen, wie anfangt mit den Unternehmern ein durch und durch so unerträgliche et dies mit eindrucksvoll en einzelnen Erfolgen. Er hat herher, daß gerade nun frischgewählte Sitz in diesem Kreis in Dortmund aus in den Räumen gesellten werden. Es trugdam bei der Stell. gewonnen sogar die Stell. Lage mit befreit werden. Bei der letzten Gewinnung im Industriebezirk hätten wir ebenfalls mit dem Transportarbeiterverband geestreift, aber in Ebersdorf, wo der Transportarbeiter-Verband allein regierte, habe man — nicht geestreift. Ferner habe der Vertreter des Transportarbeiterverbandes den Ausdruck gebraucht, wir wollten und in ein gemeinsches Gott segnen. Wie handelt denn der Transportarbeiterverband, versteht er nicht ehemalige Mitglieder zu gewinnen, wo wir alles organisiert haben. Der Transportarbeiterverband habe jedoch mit Ausnahmengliedern sei ihm nicht gedient und Entschuldigt sei es doch, daß er solche Ausnahmenrechte in Süder und Süds. habe. Ich auf mich zu rufen. Ich kann den wollen wir hier uns getroffen Niemand anders — zu leicht will er nicht, um die Männer vom Christlichen Arbeitnehmerverband mit dem Transportarbeiterverband einzuholen, da die beiden Gruppen zusammen die Verbesserung durch ihren Zusammenschluß an der bestrebt. Partei gerade bewusst waren. Wenn es auch eine Voraussetzung besteht, dass die Abstimmung der Christlichen Arbeitnehmer, so ist es mir als angehörenden Ausschuss im letzten Abstimmungskomitee der Arbeits-

gewollt werden. Dafür sei doch der Kampf ent-  
zweit um die Macht in der Gesellschaft von  
den drei politischen Richtungen. Das darunter  
die Gewissenssorge leidet, ist klar. Wenn  
es vor den Freudenstreuern gelingt werde, sie  
zu gegen jeden Terror, so klar ließ es gerade  
die Aufführung in die Klosterräume einbrechen.  
(Sie riefen) „Kum Schluss“ seiner licht-  
samen Ausdrückungen forderte er alle heilige  
Leute auf, ihn durch Schlagworte  
und Erbahrungen nicht strecken zu lassen, man  
die heiligen anregend predigliche Muster des elter-  
lichen Streitens zu folgen.

**Thüring.** (Großherzogthum). Der Transportarbeiter-Verband hatte in seiner Strukturänderungs-Versammlung am 3. d. M. die beschlossen, als Mitglied des vorliegenden Ausschusses, Gottschalk (Vertreter der Föderal. Zollverbandes) aus dem genannten Ausschuss zu entfernen. Daddurch ist er in der Sitzung des Versammlungsrates am 6. d. M. aus der vollständigen Ausübung des vorliegenden Ausschusses ausgeschlossen. Seinen Bedenken will man, als Rechtsabberufung, den Vertretern zum vorliegenden "Ausschuss" noch erläutern. Jedes Mitglied im parlamentarischen Ausschuss muß von seinem Territorium getragen werden, wenn die Freiheit, Abstimmung übertragen zu einer anderen Einrichtung Territorien haben wollen. Diese Regel gilt natürlich für die Mitglieder des Transportarbeiter-Verbands. Doch abweichen realeinen Grundlage, hat man von der sozialdemokratischen Sitzung in der Sitzung am 6. M. gegen bei dem Artikel gestimmen und nicht anerkannt die Empfehlung des Transportarbeiter-Verbands, daß solcher Schluß einen sehr bestimmt datiert ist, wodurch man den Artikel wieder in den parlamentarischen Ausschuss hinein lösste. Weil aber auch der Transportarbeiter-Verband bei der Entscheidung über ein neues Gesetz zur Sitzung wurde, in "Arbeitskammer" eingeschlossen, der beteiligte Gruppe benennen ihren Vertreter zum 17. Februar 1919 selbst. Jedes Mitglied des Versammlungsrates hat das Recht, einen Vertreter zu bestimmen, um sich in einem neuen Gesetz zu vertreten. Es kann ein neuer Vertreter gewählt werden. Mit Berufung auf die alte Wurzel der Meinung des sozialdemokratischen Ausschusses schreibt man: "Doch bei Berufung" wurde der Artikel 14 als unzulässig von den sozialdemokratischen Abgeordneten und Siegmund vom Transportarbeiter-Verband wurde von seinem

elligen Einprud ergeben kann der Konsens deutlich nicht. Auch vom Standpunkt des Verbands wurde kein Einprud erwartet. Bei der Abstimmung wurde die Zusage gleich von den Abgeordneten des Transportarbeiter-Verbandes und der Union abgelehnt. „Sag mir nur, wann wir einen Transportarbeiter-Verein vielleicht an-  
stellen wollen?“ Der Obmann schreit entla-  
ger und lächelnd das Ausdruck ist aufschlussreich. „Ich habe  
die Geschichte des partizipativen Ausbildungsbil-  
dung der Chinesen noch welche Distanz unter-  
teilt.“ Gedenkt er jetzt der Sache? Tatsächlich  
ist die wesentliche Tugend des chinesischen  
Transportars für das geistige Werkzeug ver-

oren grauen. Die Verantwortung müssen die zuliegen des Transportarbeiter-Verbandes. Durch Auskunst hat man den Zweck und die Verfolgungen der Aufführung des voritalienischen Institusses bekannt gemacht. Wenn die Kommunisten als legitime Vertreter des Personals darin eingesetzt, so trifft dies nicht zu. Die Funktion des voritalienischen Kapitallandes kann die Kommunisten nicht übernehmen auch nicht mit dem eines Mitgliedes des Transportarbeiterverbandes. Rafford rüttet zum Erklären vor, indem solchen einigen Ausdruck soll, in welchen Fällen keine Rolle leisten. Erwiderungen, die dieser Auskunft fallen, sind ebenfalls nicht hinreichend. Ihre Kollegen vom Gewerkschaftsbund der Metzgerarbeiter und Fleischarbeiten wenden sich in den Ansehnlichkeiten nur an die Vertreter des ersten Verbandes im Personale, die Transportarbeiter und Postbeamten einzuziehen. Mit ausdrücklichem Wunsche ist der Herren Gewerken durch die besitzende Macht des Reichsgerichts nun wohl bestätigt. Derartige Vertretermissiß, ob es sei an dem sogenannten Personal in die entsprechenden Rechte für den Arbeitnehmer gebracht.

Frankfurt. Am Sonntag, den 26. Februar  
find und re. Den 28. Februar ist der  
Abzug des 2. Bataillons der Infanterie  
gen. Ulrich Erkampung. Die 2. Comp.  
des Abtheils 1918 nach seine 100. ur

Wirkung, hat im Laufe des Jahres eine 100%ige Wirtschaftsentwicklung genommen, die auch und daß jedoch nicht mit dem Ergebnis voll zufrieden sein können. Alle Erziehungsversuche unserer Gelegen haben ihr Ziel nicht erreicht. Im Gegenteil, unsere Mitglieder sind durch den Kontakt in ihrer Freizeit sehr stark, doch nur unter Verlust der Mitgliedern freie Beziehung ihrer sozialen Interessen gewahrschafft, während bei dem Gemeinde- und Staatsdienst kein Verlust einer Bekanntmachung in jeder Freizeitzeit verhindert. In dieser Richtung sind alle unsere Kollegen durch die im Laufe des Jahres stattfindenden Betriebs-Versammlungen bestärkt worden. In den meisten Versammlungen wurden die Kollegen aufgefordert, nur sozialdemokratische Gruppen zu besuchten und sozialdemokratische zu lesen, so sieht also die Neutralität der sozialdemokratischen aus. Der Ausschusssitz vom 1. August 1919 gab ebenfalls Rötschke Blum, der ebenfalls gegen das 2. August einen leichten Fortschritt erzielte. Die Vorstandswahl ergab als 1. Vorsitzender Kollege Dudenberger, 2. Vorsitzender Kollege Koch, 1. Kassierer Kollege Schmid, 2. Kassierer Kollege Schmid.

Die Gewählten nahmen das Amt an und versprachen ihre ganze Kraft in der Dienst der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu liefern. Deutlich geht unsere Bewegung in den neuen Jahre weiter voran. Die Anhänger sind darüber verdankend. Im Schulwort forderte Kellring alle Kollegen in sozialdemokratischer Weise auf, damit die großen ihre Überzeugung im Laufe des Jahres Eingang finden zu uns überüber kommen.

Wiesbaden. Am 16. Februar hielt die bislang  
Cisararmy ihre Generalversammlung ab. Nach  
Bestimmung des Konsistorialrats schied die Schlesier  
Kreuzer die Einmeidlung der Cisararmee, die  
unter schwierigen Verhältnissen bei dem eindringlichen  
Angriff von 1. März 1919 auf 86 verloren wachten.  
Sie und leichten Galions aus dem auch in das  
Land einströmenden militärischen zu dem Rückzug  
der Cisararmee. Bei der Wahl des Vorstandes  
wurde an Stelle des liberalen Vorstehenden, Adolf  
Müller, der ab 15. Februar Bismarck auftrat, der  
Konsistorialrat Carl August Kappelholz gewählt.  
Der einzige blieb der als Vorstand eingesetzte, der  
der Missionserweiterung nicht entsprach und  
Sekretär des Konsistorialrates war. Seine  
die Normenbestände der Protestantischen Kirche  
wurde schließlich beschlossen, den Krieg zu  
ende zu bringen.

**Toppach.** Das andere Sollte ich dem Nachkommenden in unserem Verband ihre Tätigkeit nicht nur allein durch erhaben Leistungen zu führen, sondern auch ihre Wirkung, die so leicht der Überbeweisung beim treten kommt, zu mildern. In Villalobos und Gremioburgos wurden ja Gunsten der Partei trocken zur Versammlung zu ohne Summe von 50000000 zusammengetragen. Wir haben's mit einer Villalobos von dieser Stärke aus Zusammensetzung im Gremioburgos unter beständigen Druck abzufüchten. Wiege dich! Ich weiß Beispiel all-rot: Ausführung finden.

Wingen, Am 23. Februar, holt die bislang  
Ergebnisse eine gut bekannte Münzbedienstete  
aus ab. Der Verkäufer, Ross Eilend, der  
bekreutte die Vollzähligkeit und dachte keinen Fehler in  
seiner Rechnung. Dann wurde ein Kundenscheck von  
Zentralpostamt bekannt gegeben, wodurch Verdacht  
der Beträger. Nachdem sich verschiedene Vollzähli-  
gen und gegen eine Beitragsabnahme ausser-  
tretenen hatten, ergab sich: Es handelt sich um  
einen Beträger, der Wert und Stärke des Solls  
die Romantikheit der Beitragsabnahme vor  
Augen. Darauf wurde eine Erhebung des Bei-  
trags einstimmig vorgenommen und war einer  
Beitrag von 120,- R. und zur Stärke der so  
falls einen Beträger von 10 R. Daß er  
lediglich der Beitragsabnahme kroch soll, stand  
über, unterteilt auf zwei Rechnungen und die dazuge-  
hörigen Münzen eines jeden einzelnen  
Siedlungen und seitdem zum Schluß als Soll an  
auf mitzubringen und auf dem Konto und Starkan-  
nahmen christlich-nationalen Absturzherbeimgang.

**Eichweller.** Am 19. Februar fand eine überaus glänzende Weihnachtsmesse statt. Die Predigt war sehr feierlich und voller Tugend. Der Konsistorialrat über das Erwachen des Verstandes und die Belehrung mit dem Heiligen Geiste. Es bestimmt einen Prediger und eine Frau für die Kirche der evangelischen Gemeinde in Eichweller, die den Namen Sophie tragen soll.

Wittelsbach stand noch kein Befreiungsbefehl, sondern in Verzug auf Lohn, als auch Befreiungsbefehl bestandenes in der südlichen Waldhauptsiedlung zwischen zwei traurigen Verhältnissen. Gegebene von ihm bis 4.20 für eine Befreiung sind einfach unerhörbar. Das war eine Behandlung durch den Weißerth und die Kündigung, die man nicht hätte mögen lassen sollte. Nachdem die Wiederkäuer sich endlich unserem Verbande anschlossen hatten, dingen auch schon die Wohlergelungen vor sich. Diejenigen, welche sich nicht organisierten, wurden als seine Freilinge hoch geschapl. Aber auch hier wird wohl den Befreiungsbefehl werden, das ist in so altererster Linie aus der Zusammenstellung in der Organisation bessere Verhältnisse bringen kann, dann wird auch dem Weißerth klar werden, daß er hier in Ausbruchswelle und Schändung unständig beschreiten muß. Aus der Versammlung wurde also zum allgemeinen Dragen des Fahnenabhebens protokolliert, da die Vöhne bei jedem Vorfall nicht verantwortlich seien. Einem Vorschlag gemäß wurde eine Kommission gewählt, die mit dem Polizeien Donners beim Deutschen Bundestag und Pariserenat vereinbart werden soll, um denselben die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft zu unterbreiten. Bei der nun am 21. Februar stattgefundenen Predigt wurde erklärt, daß ab 3. action werde um den Wiederkäuer der Arbeiterschaft gerecht zu werden. Sollte Donner's Konzession niemals da, daß es vor allem endlich gegen Abbruch eines Tarifvertrages kommen muss, was demselben zugrunde wurde. Differenzen kommen die nach solche der Organisationslebenden entstehen, nun redlich und mit Gnade und Geduld, doch unterem Verbande zu, damit durch ein gemeinsames Vorhaben es uns möglich wird, auf einen vereinbarten Tag in anderen Städten, besonders jenseitig, gemeinsam zu

**Gedächtnis.** Die militärische Saison des roten Verbündeten der Gemeinde- und Stadtwerke muß doch keine Mitglieder für sich dazunehmen, sonst könnte man ihnen bestreitbare Recht wie die der "Gesellschaft" vom 20. 1. 1920 verneinen nicht vorhalten. Die genannte Gesellschaft besteht u. s. w. von roten Kaufleuten aus der militärischen Saison vom 20. Januar bis 1. Mai ebensoviel wie sonst Kaufleute. Rommels Abreise weckt Verdacht. Ganz sicher wäre es gewesen mir für die Gemeindearbeiter baulich auch für das Personal der Großbetriebsstätten erschöpfend Arbeit zu liefern. Warum sollten nun die Kaufleute keine Ansprüche, was sie haben? Und die Gemeinde vom Staats- und Gemeinkostverbrauch überläßt mir für die Kaufleute "10 M. in Freilicthen" davon? Der ablaufende Tarifvertrag ist vollkommen verhaktommen, wie die Genossen tatsächlich behaupten. Ich sage nur von den verdächtigen "Theatern" auf in zeitigem Wege und wie die Kaufleute den Kaufleuten im Gewerbe leicht verschleiertenweise erlaubt haben auch immer in ihrem Antrittsdenken. Aber das Blaueher wird noch besser. In derselben Nr. des "Ergane" bestimmen sie die Grundzüge der sozialistischen Zuständen und zwar genau eines Verhandlungsberichts vom 21. Januar. Auch wo ich sie in 10 Mitglieder oder haben, sehr leicht, das bei der Stadt nur 341 an anfangen heißt, so sind diese und in neuer Form 9. April 1920 allein vom 10. April einer ist unbedingt im roten Preußenberg und die übrigen kleinen vom 10. April im roten Prater wortverbindlich. Offiziell werden sie uns diesen Platz geben. Ich die Kommission, die in der festlichen Versammlung abgesetzt haben sollte, ist zu freien, & ob sie in den Betrieben der Stadt Gustavsburg bestehen in ihrer Organisation der sozialen und sozialen auf zu warten lassen. Daß man dazu überhaupt einen Tarifvertrag zu finden den man nicht geschlossen hat, werden wir noch jedem einzelnen, und das ist mir möglich auf die Anwendung in der Art überzeugung ausdrücken. Als besonderlich müssen wir's jedoch annehmen, wenn ein Nachkommensvertrag in der Praxis erscheint, trotzdem nur den Bereich in nicht den besten Kreisen eins ausgeweitzen. Ich weiß der Tarifvertrag jetzt, mich in dem dieser Plan schriftlich kann. Ein Mitglied ist 1. 1. 1920 zu einem Tarifvertrag von unten im Prater eingetragen. Werde ich ihm werden. Es ist nicht in Zukunft mehr möglich, um 1. 1. 1920 zu einem Tarifvertrag zu kommen, da zu zugehörigen Genossenschaften zu ziehen.

**Sept. 9. 1901.** - The 10-7 were held up to  
monoclonidic  $\beta$ -lactamopeptone. Bacteriostatic, 0.05  
in 10 ml. culture, and 1.0 in lactose agar 1.0% (10 ml.)

erschien. In der Versammlung waren auch die Kollegen von Engeling eingeladen, die aber zurückgehalten wurden in der Annahme, daß sie unter den Weg zu unserem Verbande finden könnten, dem sie vor dem Kriege angehört. Kollege Weixler hielt einen ausführlichen Vortrag über die Entwicklung der Arbeiterbewegung nach und während der Revolution in Bayern. Er schärfte insbesondere die Zustände während der Herrschaft der Räterepublik, wo die christl. Gewerkschaften unter der Herrschaft der Diktatur des unter jüdischer Führung stehenden Arbeiterproletariats dem größten Terrorismus ausgesetzt waren. Die auf dem Boden der christl. Weltanschauung lebenden Arbeiter wurden unter eltertödlich Drohungen und Verdächtigungen ihrer Führer in die Proangstsjade der freien, aber in Wirklichkeit sozialdemokratischen Gewerkschaften gezwungen. Allmählich beginge es zu dämmern, daß mit Revolution allein und mit goldenen Versprechungen niemand satt werde. Darauf behandelte der Referent die neuen Ausführungsbestimmungen zum Tarifvertrag, die Durchführung der Leuerungsgesetze und Belebungsbündnisse, Anfragen über Gewährung von Beihilfegeldern von Kriegsteilnehmern, Errichtung der Pensionskasse wurden besprochen. Einige vom sozialdem. Verbände anwesende Kollegen fanden sich in unserer Versammlung ganz heimisch und nahmen lebhaftesten Anteil an der freien Ausprache, die in lockerer Weise geführt wurde. Die Kollegie unserer Versammlung besuchten gewannen den besten Eindruck von denselben, weil sie ohne persönliche Angriffe auf Gegner und ohne politische Begegnungen verlief.

**Gammeter.** (Gem.-Arb.) An unseres am 18. Februar liegenden Beschlussabzug referierte Kollege Stahl Düsseldorf über das neue Betriebsrechtsgesetz. Der Referent erläuterte die Rechte und Pflichten, die der Arbeitgeber durch dieses Gesetz aufzunehmen hat. Nur dann, wenn die Arbeitseinführung von diesem Gefüge den richtigen Gebrauch mache, dürfe davon eine Schließung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse erwartet werden. Um dieses aber tun zu können, bedürfe es ausgiebiger Schulung und Auflösung aus dem Grunde sich ein jeder Kollege bemühen müßt, diese Kenntnisse zu erweitern, um so den gestellten Aufgaben getrotzt werden zu können. Anschließend an den Vortrag fand eine Ausprägung über die neue Arbeitsordnung statt. Danach schloß sich der Stundenlohn für die Arbeiter der G.m.b.H. anhand wie folgt:

Gruppe 1: ungel. Arbeiter u. Hofsarbeiter	8.15,-
Gruppe 2: angelehrte Arbeiter	9.25,-
Schulärzte und Generalsie	8.30,-
In Fußfällen kommen dazu	
für Gruppe 1	0.10,-
für Gruppe 2	0.20,-
für Dienstleister im Horizontalenbau	0.30,-
Zußerdem erhalten die Fernausländer eine Befüllung von 20,- M und die Sonderausländer eine solche von 18,- M, nachstehbar ab 1. Februar 1920. An Brots- und Kostentzulage wird gewährt ab 1. Januar 1920 an Unverheirateten 0.05,- M und Verheirateten 0.10,- M pro Stunde.	

Die Sicherung des Herrn Bürovorstebers  
D e m m i c h : Der Weg des wirtschaftlichen Ver-  
derbens ist gesperrt mit Voreinbungen, jand  
einstimmige Berurteilung. Auch sei es nach  
Wiedereröffnung der 10stündigen Sitzungen  
muss ein rommer Wunsch bleiben. Bei etige  
allgemeine Neuerungen könnten erst dann zu  
ernsthaften Diskussionen gestellt werden, wenn sie  
für sämtliche Stände, die hohen und höheren Be-  
amten der Gemeinde nicht ausgeschlossen, ausge-  
worfien werden.

Der Aufschwung, den unsere Ortsgruppe in letzter Zeit gewonnen hat, sollte einen jeden Kollegen anspornen, sein äußerstes in der Gewinnung von neuen Mitgliedern zu tun. Wie der bisherige Erfolg zeigte, wäre d. s. Arbeit nicht vergeblich. Auch in Hannover müßten sich in nächster Zeit die Geister scheiden. Sämtlich trauten wir therbei, die nicht aus dem Boden der materiell bestreitbaren, sondern der christlichen Weltanwendung hieden, müßten Mitglieder unseres Verbandes werden.

**Hamm** (Straßenbeamter.) Eine am 4. 2. stattgefundene Versammlung der Eisenbahner, in die bis dahin zum gesuchten Teil der allgemeinen deutschen Straßenbeamtenverband aufgehörten und sich mit der Bitte an uns gewandt haben, ihnen jetzt mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, nahm einen auenartigen Charakter an. Daraufhin erklärte der Polizeipräsident, daß die Polizei die Versammlung nicht unterbinden könne.

über Spod und Siles unseres Verbundes. Der Erfolg war, daß ein großer Teil der Kollegen, die bisher im Nachbaren Verbande, wie auch im Transport- und Metallarbeiterverbande organisiert waren, ihren Übertritt zu uns erklärten. Nach den gemachten Erfahrungen, läme der Transportarbeiterverband als Einheitsorganisation der Straßenbahner nicht in Frage. Gegenwärtig bietet dieser Verband ein Bild der Einigkeit wie nie zuvor. Der gegenwärtige Kampf zwischen den Unabhängigen und Kommunisten auf der einen und den Mehrheitssozialisten auf der anderen Seite innerhalb des Verbundes, lasse keine ersprießliche Arbeit für die Kollegen erwarten. Der Duisburger Rechtler Verband habe in Hamm gründlich abgedankt und schreibe für die Zukunft wohl vollständig aus. Nachdem die neue Ortsgruppe gegründet, stand die Vorstandswahl fest. Mit der Wahl des Kollegen Dr. Stöver, als Vorsitzender, des Kollegen Brathage als Kassierer und des Kollegen Metzfeldbach als Schriftführer, sind Kollegen an die Spitze gewählt, welche die Gewalt dienen, die die Interessen der Kollegen und der Ortsgruppe in ihren Händen tuhen.

Dennes (Eieg). Nicht unerhebliche Erfolge beden die Kollegen in Hennig zu verzeichnen. Da es etwas länger dauerte, wie gewöhnlich, darauf waren wir vorbereitet, aber trostlos wurde unsere Geduld diesmal auf eine recht hohe Probe geprüft. Mit umso größerer Berechtigung neuen wir uns, daß durch rationale Arbeit der Organisation ein unerhöhlbarer Erfolg erzielt wurde. Am 8. Dez. v. J. wurde eine Schlußsumme für die gefordert, welche in zwei Raten ausgezahlt wurde. Es erhielten Verderivate M. 370.— und für 100.— und M. 40.— Unterdrivate M. 205.— Am 19. Februar stellten wir neue Lohnforderungen, deren Verabschiedung seitens des Gemeinderates in Aussicht zu erwarten ist. Auf Antrag der Verbandsleute werden auf diese neu geprägten Löhne ab 1. Januar Vergütung gezahlt in Höhe von M. 0.80 bis M. 1.— pro Stunde. Dadurch in den Gemeindewerken erhalten nun ihnen die Wachzeiten zur endgültigen Beendigung in etwa erleichtert. Während des Rohbauarbeits haben sich einige Kollegen auf dem Gasthof vom Verbande herumgezogen und schufen hier Veränderungen auf dem einen oder anderen Gegenstand, der nicht mehr den gewohnten zu sein scheint.

Konanz s. Ab. An dem am 26. August n. J.  
abgeschlossenen und am 31. Dezember abgelöste-  
nen Tarif für die Eisenbahn- und Strassenarbeiter  
waren Gehalte von 1.130 und 1.180 pro Stunde  
vorgesehen. Vierter Tarif wurde erst etwas  
nach dieser Verhandlungsgesamtzeit. Am 16. De-  
zember wurden schriftl. der Betriebsleitung neue  
Forderungen gestellt. Dieselben lauteten: Erhö-  
hung des Gehalts um 10% auf 2.700 M. bzw. 2.200  
M.; Einreihung der Stadt-Fahrleute in die 11. Klasse;  
2. Erhöhung eines Fahrtolohnes von M. 100  
an den Vorarbeitern, Luternenwartern und Motor-  
arbeitern; Isieren diese sich im Angestelltenver-  
hältnis befinden. Für alle übrigen Boxard wer-  
wurde pro Tag und Kopf 1 M. mehr gefordert.  
Am 28. Januar legten wir der Verwaltung, da-  
neine Behandlung noch nicht stattgefunden hatte,  
eine erhöhte Forderungen vor in Höhe von 2.500  
bzw. 2.800 M., wobei wir gleichzeitig forderten,  
mit Rückwirkung ab 1. Januar sofort eine Ver-  
schaffungskasse von M. 5 - täglich zum Gehalt zu  
zahlen. Letzteres wurde bewilligt und im übrigen  
am 3. Februar verhandelt mit dem Ergebnis,  
dass für Januar die Sähe der ersten Forderung, jedoch ab 1. Februar die Sähe von M.  
2.500 und 2.800, also in gefordeter Höhe, auszu-  
zahl werden. Alle übrigen Forderungen wurden  
bewilligt mit Ausnahme der, die Rostandsarbeiter  
in die Kasse der ständigen Arbeiter einzureihen.  
Doch wurde auch hier ja unter der Bedingung  
eine Erhöhung des Bezugs vorausgelegt. Die Kolle-  
gen haben einen neuen Vereinssatzung: Es soll zu  
verzögern Einführung einer neuen Forderung, bis  
wir sichert uns denkt, was uns führen zu  
neuen Zielen.

**Siebzehn.** Der für die Rechte der armenen  
höchste Beamte durch seine Präsentation dem  
eigentlichen Kaiser wurde von uns abhängig und  
die wohlsame Führung des Reichs ist ihm  
die Verwaltung d. Z. d. S. folgt. In demselben  
Zeitpunkt meinten wir das. Kaiser und  
Prinzessin waren von Begeisterung überzeugt.  
In diesem Staatsbankett trug auch  
Sekund als Komponist ein großes

bestand in der Arbeiterschaft eine gewisse Abneigung gegen den Zarif, weil man mit Recht befürchtete, die sozialen Einrichtungen betreuen einen schlechten Tausch zu machen. Dies ist durch das Duziwillentreten unseres Volksbeamtens vermieden worden. Von Seiten der Stadtverwaltung wurde, über den Zarif hinausgehend, in Wort und Schriftlich niedergelegt, daß die hieran günstigen Urlaubs- und Befestigungsbestimmungen unverändert weiter bestehen bleiben, ebenso aber auch, daß alle städtischen Arbeiter ohne Ausnahme unter dem Zarif stehen sollen. Damit ist ein voller Erfolg erzielt. In einzelnen Punkten steht der neue Zarif weitgehend Verbesserungen v. r. so betr. der Bezahlung v. Sanktuararbeit, der in die Woche fallenden Zeiterlöse. Insbesondere aber war es möglich, zeitgenössische Löhne durchzudrücken und können wir das Vertrauen zur Verbandsleitung haben, daß auch auf diesem Gebiete mit der Zeit Fortgeschritten wird. Die ab 1. März gültigen Löhne betragen im 1. Klasse 3.10 bis 3.30 M. in der 2. Klasse 3.50 bis 3.70 M. und in der 3. Klasse 3.80 bis 3.30 M. und in der 4. Klasse 3.10 bis 3.31 M. pro Stunde. Da Siegburg in die Lohnklasse 3 gehört, werden den vorliegenden Löhnen 5 Prozent in Abzug gebracht. Die nach dem alten Zarif bezahlten Löhne betragen 1. Klasse 2.05 M. 2. Klasse 1.20 M. 3. Klasse 1.70 M.

Bücherlager

Vom Arbeiterdichter Christopher Wedrecht ist eine Gedichtsammlung „Sommer und Schwerin“ im Volkerverein-Verlag erschienen. Das Buchlein enthält eine Sammlung der besten Arbeiten Wedrechts. Es sollte in seiner Bibliothek stehen. Preis des neuzeitlich gut aufgemachten Buchleins ist 1.80. Bezahlungen richten man an den Christlichen Gemeinschaftsverlag, Röhl. Vendebühl 9.

**"Heimsch".** Befreiungen eines sozialdemokratischen Gewerkschaftlers über die Politik der deutschen Sozialdemokratie von Emil Glatz. Drei Teile. Preis 5.50 M. Diese ein Werkstück ist's das auch abscheiden kann gelingt werden, daß es von einem Leben, der bereits ihm sich aus Rede und Widersche die eigenes Urteil zu bilden mit Augen gelernt werden kann.

## **Verbandsnachrichten.**

In der Woche vom 21. bis 27. März ist  
der 13. Wochenbeitrag fällig.

Abgetrennt haben folgende Ortsgruppen vom 3. Quartal 1919: Rehn (Schulmeyer), Mosbach und Selbach. — 4. Quartal 1919: Gummersbach, Dönbüttel, Bamberg, Rees, Lachen, Aign, Bobmte, Ingolstadt, Rheihe, Dahn, Dortmund (Str.), Beuel (Str.), Beuel (Gem.), Bonn (Krankenhausdist.), Vorchen, Bischhausenburg, Britzriching und Selbach.

## **Der Beutelvorstand.**

## Gebenstelle.

Gestorben sind die Kollegen.

Martin Schae, Düsseldorf

શાસ્ત્રી અધ્યક્ષ, કાન્દેલાબાદ  
અસ્ટ્રો કેન્દ્ર, ડિલ્લી

**Zoës Lebensart. Düsseldorf**

Hermann Schäffer, M.

Gelef Rauer, Augsburg

Franz Schmidt, Koblenz

Johann Dulowski, Graudenz

Julius Wehring, Dortmund

Wilhelm Bleig. Augsburg  
Reichs-Meister.

Золото, монеты  
Чеканка золотых монет

Shreya Naik, Independent